

AUSSPRACHESYNODE

# «Die Kirche hat einen politischen Auftrag»

**Soll sich die Kirche bei Fragen der Migrationspolitik zu Wort melden? Darf sie eine Parole ausgeben bei der «No Billag»-Abstimmung? Ja, sagt Simon Hofstetter vom Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund.**

ADRIANA SCHNEIDER

Die Schaffhauser Kirche hat sich kürzlich an einer Aussprachesynode mit der Frage nach dem politischen Engagement der Kirche auseinandergesetzt. Simon Hofstetter, Beauftragter für Recht und Gesellschaft beim Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund SEK, hat an der Tagung referiert. Für ihn hat die Kirche klar den Auftrag, sich politisch zu äussern. Das kann im Sinn einer öffentlichen Meinungsbildung sein. Aber auch durch klare Voten. Im Vordergrund steht der Diskurs als reformiertes Grundprinzip.



**Der Theologe Simon Hofstetter befürwortet das politische Engagement der Kirche. Jede Kirche müsse für sich entscheiden, wie weit sie sich dabei exponieren möchte.**

**Herr Hofstetter, sind Sie ein politischer Mensch?**

— Simon Hofstetter: Ja, von Kindesbeinen an. Politische Themen sind bei uns am Küchentisch verhandelt worden, weil beide Eltern in der Gemeindepolitik aktiv waren. Als Student habe ich in Parteisekretariaten gearbeitet. Auch heute schlägt mein Herz noch politisch.

**Wo fängt für Sie Politik an?**

— Nun, alles was die Gestaltung des gemeinsamen Lebens betrifft, ist Politik. Im altgriechischen Verständnis bedeutete Politik das öffentliche Verhandeln der gemeinsamen Dinge. Das heisst aber nicht, dass man zu allem Stellung nehmen soll. In der Bibel steht: «Schweigen hat seine Zeit und Reden hat seine Zeit.» Auf die Politik bezogen lautet die Frage: Zu welchen Themen müssen wir als Kirche Stellung nehmen und wo können wir getrost sagen, wir haben andere Prioritäten.

**Zu welchen Themen sollen Kirchen denn konkret Stellung nehmen?**

— Als Christen gehen wir davon aus, dass die Welt eine Schöpfung Gottes ist, zu der wir Sorge tragen wollen. Und in diese Fragen sollten wir uns einbringen. Ich denke dabei an Fragen der Bioethik, der Ethik am Lebensanfang und am Lebensende, an wirtschaftsethische Fragen und sozialpolitische Themen. Bei Fragen der Migrationspolitik ist die Diakonie der Kirche stark engagiert und lässt sich traditionellerweise verlauten.

**Wer ist in diesem Zusammenhang Kirche? Wir als Einzelne oder ein Gremium?**

— Grundsätzlich ist es die Aufgabe jedes Christen, zur Gestaltung des Gemeinwesens Stellung zu beziehen. Der christliche Glaube hofft ja nicht weltfern auf Erlösung. Er ist im Gegenteil ganz stark am Hier und Jetzt orientiert und zielt darauf ab, gerechte Verhältnisse zu schaffen, die sich in den Strukturen unserer Welt zeigen sollen.

**Wer dafür zuständig ist, ist von Konfession zu Konfession verschieden geregelt. Bei den Katholiken gibt es eine klare Hierarchie, die die Zuständigkeit vorgibt.**

— Das reformierte Prinzip hingegen ist die «gemeinsame Diskursgemeinschaft». Es gibt demnach keine Stelle, die für sich die Hoheit gepachtet hat und vorgeben kann, was Meinung ist. «Synhodos» ist das griechische Wort für «gemeinsam auf dem Weg sein». Das bedeutet, dass wir miteinander diskutieren und um Argumente ringen, aber auch auf das Evangelium hören müssen, um eine gemeinsame Position zu finden.

**So wie es die Schaffhauser Kirche in der Aussprachesynode tut. Wie sieht das bei anderen Kirchen aus?**

— Viele Kirchen haben ihren Modus gefunden und in ihren Kirchenordnungen die Zuständigkeiten für politische Stellungnahmen festgehalten. Aber an vielen Orten ringt man immer wieder darum, welches die richtige Form ist, um Stellung zu nehmen.

**Wie sieht die praktische Umsetzung aus?**

— Bei Grundsatzfragen behält sich die Synode das Recht vor, aktiv zu sein, also Positionen zu lancieren, Resolutionen in Gang zu bringen, zu unterstützen oder zu verwerfen. Man kann aber nicht immer nur die Synode walten lassen bei öffentlichen Stellungnahmen, dafür tagt sie zu selten. Manche Kantonalkirchen geben deshalb dem Kirchenrat den Auftrag, die reformierte Stimme durch Stellungnahmen in öffentliche Debatten einzubringen.

Eine besondere reformierte Tradition ist zudem, dass die Pfarrpersonen ein gewichtiges Wort sprechen. Die Kanzel soll nicht einfach ein Warmluftverkündigungsort sein, sondern es soll in der Verkündigung auch immer darum gehen, was wir aufgrund des Evangeliums zur Gestaltung unserer Welt zu sagen haben.

**Worauf gründet diese Tradition?**

— Der Reformator Huldrych Zwingli forderte ein spezifisches «Wächteramt der Kirche». Er forderte die Pfarrer auf, den Finger kompromisslos auf wunde Stellen zu legen und sich durch nichts und niemanden davon abhalten zu lassen, die Stimme zu erheben. Seit dem 17. Jahrhundert waren die Pfarrpersonen allerdings explizit von jedem politischen Leben ausgeschlossen. Möglicherweise war das ein reformatorischer Reflex, weil man sah, dass sich die Pfarrer sehr stark von der Kanzel herab äusserten und im

tisch zu sein. Ich gehe davon aus, dass wir im theologischen Sinn einen Sendungsauftrag in die ganze Welt haben. Da müssen wir auch in geeigneter Form Stellung nehmen können. Viele kirchliche Exponenten scheuen sich allerdings davor, mit einer politischen Meinung an die Öffentlichkeit zu treten. Ich denke, hinter dieser Zurückhaltung steckt oft die Angst, in eine parteipolitische Ecke gestellt zu werden. Auch viele Kirchgemeinden weigern sich, einfach schwarz oder weiss zu

“Es kann nicht sein, dass wir als Kirche bei heiklen gesellschaftlichen Fragen stillschweigen oder uns wegducken. Es gilt auch, politisch zu sein.”

SIMON HOFSTETTER

malen, und breiten stattdessen Argumente aus reformierter Sicht aus. Der Kirchenbund bietet zum Beispiel jeweils zehn Fragen und Antworten zu einem Themenkomplex. Viele Kirchgemeinden geben Orientierungshilfen wie Informationsveranstaltungen und Podiumsgespräche. Sie gehen davon aus, dass ihre Mitglieder mündig und in der Lage sind, sich ein eigenes Urteil zu bilden.

**Ist das nicht sehr zurückhaltend?**

— Finde ich nicht. Dieses Vorgehen stellt keine Zurückhaltung dar, sondern sagt einfach, dass die Welt zu komplex ist, um sie auf «Ja» oder «Nein» zu reduzieren. Es gibt Stimmen und evangelische Sichtweisen, die



Gegen die No Billag Initiative: Vor der Abstimmung bezogen die Kirchen klar Stellung.

zwinglianischen Sinn Stellung bezogen. Noch in der alten Bundesverfassung, die erst 1999 abgelöst wurde, stand, dass Geistliche nicht Mitglied im National- oder Ständerat sein durften. Erst seit 20 Jahren sind sie im Bundesparlament wieder zugelassen.

**Inwiefern stehen christliche Parteien für die Kirche?**

— Wir haben verschiedenste Parteien, die sich das Etikett «christlich» auf die Fahne schreiben. Da ist die CVP, die aus katholisch konservativen Kantonen stammt, die EVP, die aus dem reformierten, freikirchlichen Umfeld kommt, die EDU, die sich als evangelische Partei versteht, aber aus dem reformiert konservativen Kontext heraus entstanden ist. Diese Parteien decken ihre Herkunftsorte und Milieus ab, sind aber nicht zu verstehen als politischer Arm der reformierten Kirchen.

**Hat die Kirche als Institution überhaupt einen politischen Auftrag?**

Ganz klar Ja. Wenn unser Auftrag lautet, das Evangelium in der ganzen Welt zu verkünden, dann kann das nicht zu einem Stillschweigen oder Wegducken vor heiklen gesellschaftlichen Fragen führen. Dann gilt es auch poli-

man ausbreiten kann. Das halte ich für einen sehr versierten Umgang, um sich dem Parteipolitischen zu entziehen und trotzdem Stellung nehmen zu können.

**Dürfen Kirchgemeinden auch Parolen herausgeben?**

— Ja, das ist dann die kürzest mögliche Form einer Stellungnahme. Der Bündner Kirchenrat hat das zum Beispiel bei der «No Billag»-Initiative so gemacht. Jede Kirche kann aber selber entscheiden, wie zugespitzt oder wie offen sie in ihren Stellungnahmen sein will.

**Wird das sehr unterschiedlich getan?**

— Ja, wir haben Kirchen, die sich nie verlauten lassen. Andere haben sich beispielsweise auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise allen vorangestellt und gesagt, wir wollen einen offeneren Umgang mit Migrationsproblemen. Sie waren an grossen öffentlichen Demonstrationen die Hauptredner. Öffentlich kann man nicht Position beziehen. Diese Kirchen haben gesagt: Das ist ein Thema, das uns aus unserem Verständnis für den Glauben, den wir in der Gesellschaft vertreten, nicht kalt lassen kann. Wir müssen unsere Stimme erheben.

LESERFORUM

**KIBO APRIL**

**«JERUSALEM, DIE ZERRISSENE STADT»**

**Falsches Bild von Israel.**

Im Artikel findet sich ein Satz über die neuere Geschichte von Jerusalem: «Dreissig Jahre später, im Jahr 1947, bemächtigte sich der neu gegründete Staat Israel im Unabhängigkeitskrieg des Westteils von Jerusalem, während der Ostteil mitsamt der Altstadt in den Händen Jordaniens war.» Dieser Satz ist historisch falsch, er erweckt den Eindruck eines aggressiv-kriegerischen Verhaltens allein auf israelischer Seite. Selbst solche kurzen Bemerkungen, über die viele Leser mangels genaueren Vorwissens wohl eher hinweglesen, gehören so nicht in unsere Zeitung.

Hans Simon, Basel



**Mit grossem Erstaunen.**

Mit grossem Erstaunen habe ich den Artikel gelesen. Zumal dieser in einem Kirchenboten steht! Israelfeindlichkeit kann bekanntlich in ganz subtilen Formen daherkommen. Man braucht nicht explizit gegen Israel zu wettern. Man kann dies auch ganz einfach machen, indem man einige Fakten bewusst negativ konnotiert, sodass beim Leser ein – oft unbewusst – negatives Israelbild entsteht. Das macht man auch nicht wieder gut, wenn man gegen Ende des «ganzseitigen» Artikels dann noch ein paar textliche «Ausgleiche» hinzufügt.

Martin Wenger, E-Mail

**KIBO APRIL**

**«PROMINENTE ÜBER KONFLIKT UND VERSÖHNUNG»**

**Bibel ist radikal.**

Warum gibt der Kirchenbote Herrn Blocher ein Forum? Okay, humorvoll ist sein Beitrag. Aber zufällig hatte ich fünf Minuten vorher eine Dokumentation über die Heilsarmee gelesen, wo Menschen geholfen wird, die gar nichts mehr haben. Und da blieb mir das Lachen doch im Hals stecken. Ich frage mich immer wieder, wo Jesus heute wäre. Er war doch immer da, wo er am nötigsten gebraucht wurde, also ist er eher bei den Obdachlosen als im Wirtshaus zu finden. Er war nämlich – Achtung Reizwort – ein Gutmensch. Und ein hochgradig moralistisch ver-

seuchtes Buch handelt von ihm: die Bibel! Dieses Buch ist radikal, nämlich radikal menschlich.

Ruth Tischer, Seewen

**Versöhnung befreit!**

Nicht nur die Beispiele der prominenten Frauen und Männer verschiedener Prägungen, auch unzählige bekannte Geschichten und Erlebnisse, welche die Menschen erlebt und gehört haben machen es deutlich: Wir können nicht wirklich leben ohne Versöhnung. Unabhängig von seiner religiösen Einstellung leidet jeder Mensch an einer schlechten Lebensqualität, welcher den Fragen nach Schuld und Versöhnung ausweicht, es mag ihm bewusst sein oder nicht. Ein versöhnlicher Lebensstil kann nicht verborgen bleiben. Menschen welche ihn pflegen, fordern ihre Nächsten zu einer Entscheidung heraus, ohne dazu viele Worte zu machen: Zur Entscheidung nämlich, sich an ihnen ein Vorbild zu nehmen und sich von ihnen zu einem Leben in Einklang mit sich selber und mit der Umgebung befreien zu lassen.

Fritz Häuselmann, Rothenfluh

**KORRIGENDUM**

**KIBO APRIL**

**«PROMINENTE ÜBER KONFLIKT UND VERSÖHNUNG».**

**Falsch zitiert.**

Im Beitrag «Ein gutes Leben ist die beste Rache» von Delia Schreiber heisst es «Wenn dein FREUND hungrig ist, ... So lautet Sprüche 25, 21-22, aber nicht, sondern «Wenn dein FEIND hungrig ist, gib ihm zu essen».

Robert Jones, Meggen

**KIBO FEBRUAR**

**PALMÖL: HILFSWERKE UND BAUERN GEGEN FREIHANDELS-ABKOMMEN**

Ich habe im Kirchenboten den Artikel über das Palmöl mit Interesse gelesen. Auch ich bin zum Schluss gekommen, dass nicht das Volk verantwortlich gemacht werden kann. Es braucht eine politische Instanz, welche aktiv wird. Italien ist ein gutes Beispiel, viele Lebensmittel sind unterdessen Palmöl frei.

Rosmarie Flückiger, Thayngen

**IN EIGENER SACHE**

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften an: redaktion@kirchenbote.ch oder: Redaktion Kirchenbote, Winkelriedplatz 6, Postfach, 4002 Basel Über Auswahl / Kürzungen entscheidet die Redaktion.

www.kirchenbote-online.ch

**IMPRESSUM KIRCHENBOTE**

Für die Mitglieder der Evangelisch-reformierten Kirche der Kantone Baselland, Basel-Stadt, Luzern, Obwalden, Schaffhausen, Schwyz, Solothurn, Uri. Erscheint monatlich. In Basel-Stadt zweimal im Monat.

**ADRESSÄNDERUNGEN**

Kanton Basel-Stadt: Adressänderungen werden vom Einwohneramt gemeldet. Bei Fragen: Kirchenverwaltung, Postfach 948, 4001 Basel, Tel. 061 277 45 34. Kanton Solothurn: die zuständigen Pfarrämter. Adressen siehe Gemeindeseiten; für Olten: Kirchgemeindeverwaltung, Tel. 062 212 76 17/062 212 16 26.

Für die Kantone Baselland, Luzern, Schaffhausen, Schwyz, Uri, Obwalden: Adressänderungen nimmt Ihre Kirchgemeinde entgegen.

**REDAKTION:** Kirchenbote, Winkelriedplatz 6, Postfach, 4002 Basel, Telefon 061 205 00 20, redaktion@kirchenbote.ch, www.kirchenbote-online.ch  
**Chefredaktion, Redaktion Solothurn:** Pfarrer Tilmann Zuber (tz), zuber@kirchenbote.ch;  
**Produktionsleitung:** Astrid Baldinger, baldinger@kirchenbote.ch;  
**Redaktion Basel-Stadt:** Toni Schürmann (ts), schuermann@kirchenbote.ch  
**Redaktion Baselland:** Karin Müller Bürgler (kim), mueller@kirchenbote.ch  
**Redaktion Schaffhausen:** Adriana Schneider (as), schneider@kirchenbote.ch  
**Redaktion Luzern:** Philippe Welti (phw), welti@kirchenbote.ch  
**Redaktion Gemeinden:** Esther Bühler, esther.buehler@kirchenbote.ch  
Patrick Tepper (pt), tepper@kironbote.ch  
**Grafik:** Katrin Hotz, Albena Mihaylova Manz, Silvana Pasquier, Daniel Schaufelberger  
**Redaktionssekretariat:** Michael Schächli, sekretariat@kirchenbote.ch  
**Verlag:** Verein zur Herausgabe eines gemeinsamen Kirchenboten. Präsident der Geschäftsleitung: Burkhard Eggenberger, Gunzwil. **Druck:** NZZ Media Services AG, St. Gallen